

Ingo Schmidt

Bezahlt wird nicht

Anmerkungen zur Schuldenkrise in Lateinamerika in den 1980er Jahren und der aktuellen Euro-Krise

„Bezahlt wird nicht“ war der Titel eines Theaterstücks, in dem Dario Fo die Aufbruchstimmung im Italien der frühen 1970er Jahre einfing. Hausfrauen, die im Supermarkt nicht bezahlen. Arbeiter, die das streiken gewohnt sind und, nach anfänglichem Zögern, auch dem Stehlen von Lebensmitteln angesichts drohender Entlassungen und damit verbundener Mittellosigkeit etwas abgewinnen können. Und schließlich Polizisten, die für den Schutz des Privateigentums bezahlt werden, am Sinn ihrer Tätigkeit aber zu zweifeln beginnen, weil es ja nicht ihr Eigentum ist, für dessen Schutz sie bezahlt werden.

In Deutschland war Fo außerhalb linker Kreise kaum bekannt. Dass in Italien gern gestreikt, ungern gearbeitet und Geld ausgegeben wird, das man nicht besitzt, gehörte allerdings zum klassenübergreifend geteilten Allgemeinwissen. Dagegen ließ sich der Appell an Sekundärtugenden in Wählerstimmen ummünzen: Harte Arbeit, strikte Haushaltsdisziplin und der Kampf gegen die Inflation wurden von der SPD im Bundestagswahlkampf 1976 zum „Modell Deutschland“ verdichtet und führten sie, im Verein mit der FDP, zu einem Sieg über die CDU und deren Bekenntnis zu „Freiheit statt Sozialismus“. Niedrige Inflationsraten und solide Staatsfinanzen erwiesen sich auch auf dem Weltmarkt als Konkurrenzvorteil. Im selben Jahr, in dem die Modell Deutschland-SPD wiedergewählt wurde, mussten die Genossen der britischen Labour Party den Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Eindämmung einer ausufernden Zahlungsbilanzkrise ins Land holen. Die Sparmaßnahmen, welche die IWF-Labour-Koalition Britannien zur Wiederherstellung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit verordnete, zerstörte das historische Bündnis zwischen Labour und Gewerkschaften. Es folgte ein monatelanger Streik im Winter 1978/79, in dem es Bourgeoisie und Medien gelang, die Gewerkschaften als selbstsüchtige Special Interest Group zu präsentieren. Im neoliberalen Frühling 1979 wurde Margaret Thatcher zur Ministerpräsidentin gewählt. Danach versuchten sich nur noch eine sozialistisch-kommunistische Regierungskoalition in Frankreich an einer „Viel Geld für wenig Arbeit“-Politik, wurde durch Kapitalflucht und einen entschlossenen Investitionsstreik der französischen Bourgeoisie aber schnell vor die Wahl gestellt, kapitalistische Eigentumsformen ebenso zu ignorieren wie es Dario Fos Helden getan hatten

oder zwecks Sicherung dieses Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse auf neoliberalen Kurs einzuschwenken. Die Sozialisten entschieden sich für das kapitalistische Eigentum und gegen ihren kommunistischen Koalitionspartner.

Dramatische Kurswechsel wie in Britannien und Frankreich blieben den Deutschen erspart. Das von Helmut Schmidt geschaffene Modell Deutschland wurde von der FDP in den sicheren Hafen einer schwarz-gelben Koalition gebracht, wo es sich nicht beständig jungsozialistischer Kritik ausgesetzt sah, die selbst ein autoritärer Charakter wie Schmidt nicht zum Schweigen bringen konnte oder wollte. Freilich waren es nicht die Jusos, sondern die neoliberale Geldpolitik der USA, die das Modell Deutschland vorübergehend aus dem Tritt brachten und der FDP den bereits seit längerem gesuchten Vorwand zum Wechsel ins konservative Lager verschafften. Ironie der Geschichte: Mit hohen Zinsen wollte der amerikanische Zentralbankchef Paul Volcker die Inflation in die Knie zwingen und die US-Wirtschaft damit auf den von Deutschland schon wenige Jahre vorher eingeschlagenen Antiinflationkurs bringen. Das ist auch gelungen, der Preis dafür war allerdings eine Weltwirtschaftskrise. Helmut Schmidt's Kanzlerschaft wurde somit zum Kollateralschaden der Übernahme ihrer eigenen Ideen durch den großen Bruder USA.

Einen weitaus größeren Schaden erlitten freilich die Länder des Trikont. In der Zeit zwischen erstem Ölchock 1973 und Volcker's Zinsschock 1979-81 sammelten amerikanische Banken die von den Öl-exportierenden Ländern verdienten Petrodollars und boten sie Nicht-Öl-exportierenden Ländern des Trikont als Kredit an. Die hohen Inflationsraten dieser Jahren drückten die Realzinsen – Nominalzins minus Inflationsrate – auf ein extrem niedriges, mitunter sogar negatives Niveau. Unter diesen Bedingungen war die Tilgung der aufgenommenen Kredite kein Problem. Das änderte sich als die US-Bourgeoisie – angeführt von den selben Banken, die eben noch großzügig Kredite an die armen Länder dieser Welt verteilt hatten – den Wert der bei ihnen hinterlegten Geldvermögen durch die Inflation bedroht sahen und die Geldpolitik – erfolgreich wie sich bald herausstellen sollte – zu einem harten Antiinflationkurs drängten. Die Schuldenfalle schnappte zu: Explodierende Zinsen verteuerten die Rückzahlung der zu variablen Zinssätzen aufgenommenen Kredite. Die plötzliche Verteuerung kreditfinanzierter Investitionen und Konsumausgaben führte darüber hinaus zu einer Weltwirtschaftskrise, in deren Folge die Exporterlöse der Trikont-Länder in den Keller gingen. 1982 stellte die mexikanische Regierung ihren Schuldendienst ein: Bezahlt wird nicht.

Soweit sind die Regierungen anderer Länder nicht gegangen, die Folgen waren aber in allen von der Schuldenkrise betroffenen Ländern ähnlich. Vom

Zufluss privaten Auslandskapitals abgeschnitten, stockten die Importe von Fertigwaren und insbesondere Vorprodukten, die im Inland nicht hergestellt wurden. Die inländische Produktion ging in den Keller, Einkommen und Nachfrage folgten. Ein Land nach dem anderen suchte beim IWF um Kredite nach und bekam sie unter der Bedingung, künftig selbst eine strikte Antiinflationpolitik zu betreiben, den Staatshaushalt auszugleichen und, um dieses Ziel zu erreichen, öffentliches Eigentum zu privatisieren, gern auch an ausländische Interessenten. Der Imperialismus hatte seine Macht behauptet. Die von der Dekolonialisierung inspirierten Versuche des Trikont, nach der politischen auch ökonomische Unabhängigkeit zu erlangen, waren gescheitert, die Macht des westlichen Kapitals dafür konsolidiert.

Die Schuldenkrise im Trikont der 1980er Jahre weist viele Parallelen zu der aktuellen Krise der Euro-Peripherie auf. In beiden Fällen führte der Zustrom ausländischen Kapitals zu einem Anstieg der Auslandsverschuldung, die zu einem Problem wurde als eine Weltwirtschaftskrise die für den Schuldendienst vorgesehenen Exporterlöse dramatisch zusammenschrumpfen ließ. Vergleichbar auch die Forderung, ausstehende Schulden in diesem Falle nicht durch Export- sondern durch Privatisierungserlöse zu begleichen. Es gibt aber auch Unterschiede: Der Kapitalzufluss vor Ausbruch der Krise speiste sich im Falle der Euro-Krise nicht aus Petrodollars, sondern aus den Exporterlösen Deutschlands und seiner Verbündeten in den Beneluxländern und Skandinavien. Die Krise wurde nicht durch hohe Zinsen ausgelöst, sondern durch einen Börsenkrach. Nach Volcker's Zinsschock, der den Trikont effektiver in die Arme des Imperialismus zurückgetrieben hat als ungezählte vom CIA unterstützte Militärputsche, ist die Geldpolitik zu einer Politik niedriger Zinsen zurückgekehrt. Dadurch wurden steigende Börsenkurse, mit Wertpapieren abgesicherte Kredite und hierdurch finanzierte Investitions- und Konsumgüternachfrage, ohne die die Weltwirtschaft nach dem Volcker-Schock in einer Depression versackt wäre, erst möglich geworden. Das Geschäft der Inflationsbekämpfung konnte der industriellen Reservearmee überlassen werden, die nach dem Volcker-Schock wieder zu einer Dauererscheinung in den kapitalistischen Zentren geworden war.

Gegenwärtig sind jedoch selbst die seit den 1970er nicht mehr gesehenen Nullzinse nicht niedrig genug, um die Weltwirtschaft in Schwung zu bringen. Mit Ach und Krach halten ein nahezu unbegrenztes Angebot an Zentralbankgeld und die Verstaatlichung privater Schulden – sofern diese in den Zentren gemacht wurden – die Weltwirtschaft am Laufen. Vorübergehend aufgelegte Staatsausgabenprogramme wurden bereits wieder zurückgefahren und durch die Hoffnung ersetzt, das chinesische Wirtschaftswunder werde auch die

Wirtschaft in den imperialistischen Zentren wieder so richtig in Schwung bringen. Eine ähnlich stimulierende Wirkung hatte sich die US-Regierung in den späten 1970ern vom Modell Deutschland erhofft und in diesem Sinne an die Bundesregierung appelliert, die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse zurückzufahren. Bevor entsprechende Maßnahmen, auf die sich Schmidt widerwillig eingelassen hatte, greifen konnten, änderte der zweite Ölschock allerdings die politischen Prioritäten mit den bereits beschriebenen Folgen. Nun ging es darum, die Verhandlungsmacht der amerikanischen Gewerkschaften durch eine geldpolitisch ausgelöste Krise zu brechen, damit steigende Preise nicht weiterhin mit der Durchsetzung steigender Löhne beantwortet werden konnten. Die Krisenlasten sollten von der amerikanischen Arbeiterklasse getragen werden. In ähnlicher Weise sollen heute die Arbeiterklassen aller von Auslands- und Staatsschuldenkrisen betroffenen Staaten die Rechnung für im Börsenstrudel untergegangene Profithoffnungen bezahlen. Von Griechenland und den anderen Ländern der Euro-Peripherie bis ins amerikanische Herzland Wisconsin und den Golden State California.

Bezahlt wird nicht? Der im Überschwang linker Mobilisierungen der frühen 1970er Jahre gemachte Vorschlag des Theatermannes Dario Fo wird unter Krisenbedingungen zur Notwendigkeit, wenn eine Herabstufung der Arbeiterklassen des Zentrums auf Peripherieniveau vermieden werden soll. Aber Vorsicht: Wer nicht bezahlt und das kapitalistische Eigentum damit herausfordert, muss auch bereit sein, die Wirtschaft in die eigenen Hand zu nehmen. Andernfalls wird die kapitalistische Kandare noch mehr angezogen als im Falle des Versuches, die Sparauflagen von EU, IWF und Regierungen zu befolgen. Diese Erfahrung mussten die Arbeiter- und andere subordinierte Klassen des Trikont in den 1980er Jahren machen. Und natürlich dürfen die Arbeiterklassen in den Zentren nicht darauf hoffen, die Krisenlasten an die Peripherie weiterzugeben. Die Revolte in Nordafrika, kaum einen Steinwurf von der griechischen Küste entfernt, zeigt deutlich, dass die Geduld der Arbeiterklassen zumindest in Teilen des Trikont erschöpft sind. Von Opfern des Imperialismus sind sie zu Vorbildern der Arbeiter in den Zentren geworden.